

Schweiz

«Ein demokratiepolitisches Trauerspiel»

Kampffjetbeschaffung Das Stimmvolk wird nicht über die Beschaffung des Tarnkappenjets abstimmen können. Wie gestern bekannt wurde, hat der Bund die Kaufverträge unterzeichnet. Nun reagieren die Kampffjetgegner.

Beni Gafner

Das Initiativkomitee streckt die Waffen. «Wir wollen nicht Hand bieten für eine Pseudoabstimmung», sagt SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf. Und Grünen-Nationalrätin Marionna Schlatter sagt, eine Abstimmung über die Stopp-F-35-Initiative entspräche einer demokratiepolitischen Farce. Auch mit einem Ja könnte der Kauf des US-Tarnkappenbombers nicht abgewendet werden.

Tatsächlich schafften Bundesrat und Parlamentsmehrheit zuletzt Fakten, die unumkehrbar sind. Der Nationalrat sagte am vergangenen Donnerstag nicht nur Ja zu Armeebotschaft und Kampffjetkauf, er forderte Bundesrätin Viola Amherd auch dazu auf, den Kaufvertrag mit den USA sofort zu unterschreiben. Offensichtlich mit Erfolg, denn Rüstungschef Martin Sonderegger und Projektleiter Darko Savic unterschrieben noch gestern in Bern die Beschaffungsverträge mit der US-Regierung. Die USA haben die Verträge bereits unterzeichnet. Der Kauf von 36 F-35 für 6,035 Milliarden Franken ist damit definitiv. Die Kampffjets sollen zur Hauptsache von 2027 bis 2030 ausgeliefert werden und die bestehende Flotte der F/A-18 Hornet und der F-5 Tiger ersetzen.

«Wir wollen im Gegensatz zu den rechten Parteien nicht riskieren, dass die Stimmbevölkerung weiter ihr Vertrauen in die direkte Demokratie verliert. Deshalb werden wir die Initiative zurückziehen. Denn wenn wir das nicht machen, gibt es eine Pseudovollstimmabstimmung, bei der die Stimmbevölkerung nicht ernst genommen wird», sagt Anja Gada, die Sekretärin der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA).

Bundesrat und Parlamentsmehrheit seien mit ihrem Kaufentscheid einfach durchmarschiert.

«Was wir mit unserer Initiative erleben, ist ein demokratiepolitisches Trauerspiel.» Bundesrat und Parlamentsmehrheit seien mit ihrem Kaufentscheid einfach durchmarschiert – ohne Rücksicht auf die gültige Initiative und ohne Rücksicht auf die 49,9 Prozent, die vor zwei Jahren den Grundsatzentscheid zum Kampffjetkauf ablehnten. Die Vertragsunterzeichnung noch vor Ende der laufenden Herbstsession des Parlaments sei geradezu «pietätlos», ärgert sich Seiler Graf.

Ärger und Beschuldigungen

Tatsächlich ist das Schicksal der Stopp-F-35-Initiative aussergewöhnlich. Im September 2021 wurde sie lanciert. Am 16. August 2022 wurde sie mit rund 120'000 Unterschriften eingereicht. Acht Tage später gab die Bundeskanzlei dem Bundesrat das Zustandekommen der Initiative bekannt, mit gut 103'000 gültigen Unterschriften. Und nun folgt einen Monat später der offizielle Rückzug durch das Initiativkomitee. Eine Achterbahnfahrt wirkt im Vergleich dazu beschaulich.

Ein politischer Diskurs von ausserordentlicher Härte prägte die Unterschriftensammlung und die Parlamentsdebatten. Als besonders stossend empfinden die drei Initiantinnen Seiler Graf, Schlatter und Gada, dass Verteidigungsministerin Viola Amherd



Die Initiantinnen Marionna Schlatter, Anja Gada und Priska Seiler Graf (von links). Foto: Nicole Philipp

mitten in der Sammelphase dazu aufrief, die Unterschriftensammlung abzubrechen. Das sei ein beispielloser Vorgang. Priska Seiler Graf ärgert sich ausserdem über den Vorwurf, die Initiantinnen hätten ihr Begehren absichtlich verschleppt. «Das ist einfach nicht wahr.»

Der Start der Unterschriftensammlung sei noch in die Zeit der Corona-Restriktionen gefallen. Man habe sich extrem bemüht, trotz Eingriffen der Bundesrätin in den Initiativprozess. «Auch die Beglaubigungen in den Gemeinden haben wir allein durchgezogen», sagt Anja Gada.

Die Entscheidung zum Rückzug der Initiative traf die Koalition schweren Herzens. «Wir haben unsere Unterschriften in weniger als einem Jahr gesammelt, und wir haben einen Plan vorgelegt, wie eine Abstimmung möglich ist», führt GSoA-Sekretärin Gada aus. «Doch anscheinend

werden neuerdings Initiativen in zwei Kategorien aufgeteilt. Solche, die das Parlament dem Volk vorlegen will, und solche, über die hinweggegangen wird.»

Marionna Schlatter kritisiert, Bundesrat und Bürgerliche hätten die Angst im Volk in der Anfangsphase des Ukraine-Kriegs ausgenutzt, um die F-35-Beschaffung möglichst rasch und ohne öffentliche Debatte am Volk vorbeizuschleusen.

Gegner warnen vor Kosten

Wer recht bekommt, wird sich auch in einem wichtigen Punkt wohl erst in einigen Jahren zeigen. Dabei geht es um die Kostenwahrheit. Seiler Graf, Schlatter und Gada sind überzeugt, dass die Jets die Schweiz massiv teurer zu stehen kommen werden als veranschlagt. «In allen Ländern, die sich für die F-35 entschieden, mussten die Zahlen nach oben korrigiert werden, das wird bei uns nicht anders sein», sagt Anja Gada. Es gehe um Milliarden.

Verteidigungsministerin Viola Amherd sagte vergangene Woche im Nationalrat zur Initiative, diese sei erst im August eingereicht worden. Damit sei eine Abstimmung nicht vor dem Unterzeichnungstermin möglich. Amherd warnte auch vor inflationsbedingten Mehrkosten bei einer Verzögerung, denn die Schweizer F-35 seien in einem Produktionslot. Falle die Schweizer Bestellung aus diesem Slot, müsste die Schweiz auf den nächsten warten. Andererseits gab Amherd im Parlament auf Nachfrage hin auch bekannt, die USA wären wohl auf terminliche Nachverhandlungen eingestiegen. Armasuisse habe diesbezüglich Kontakt mit den USA gehabt. Die Bedingungen wären im Fall einer Verschiebung aber nicht dieselben wie heute geblieben.

ANZEIGE



Kinder sind anders. Deshalb sind wir es auch.

Kinder benötigen eine andere Betreuung, andere Therapien, Medikamente und Geräte als Erwachsene. Die Zusatzkosten dafür bleiben oft ungedeckt. Damit wir unseren jungen Patienten weiterhin eine bestmögliche Behandlung bieten können, braucht es Menschen wie Sie. **Danke, dass Sie das Kinderspital Zürich heute mit einer Spende unterstützen.** Spendenkonto 87-51900-2

UNIVERSITÄTS-
**KINDERSPITAL
ZÜRICH**

**Das Spital der
Eleonorenstiftung**